

Zeitschrift: Schweizer Erziehungs-Rundschau : Organ für das öffentliche und private Bildungswesen der Schweiz = Revue suisse d'éducation : organe de l'enseignement et de l'éducation publics et privés en Suisse

Herausgeber: Verband Schweizerischer Privatschulen

Band: 56 (1983)

Heft: [7]

Artikel: Probleme und Wünsche der Privatschulen = Les problèmes et les voeux des écoles privées

Autor: Haenssler, Fred

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-852242>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Liebe Leser

Die Initiative für freie Schulwahl ist im Kanton Bern in der Volksabstimmung vom 5. Juni 1983 abgelehnt worden. Dies ist kein Grund, den Kopf hängen zu lassen. Fast gleichzeitig ist im Kanton Baselstadt eine neue Initiative für freie Schulwahl lanciert worden. Sie finden Text und Kommentar zu diesem neuen Vorstoss in der vorliegenden Nummer.

Dass die Initiative im Kanton Bern trotz des Scheiterns nicht ohne Folgen blieb, zeigte sich an der letzten Sitzung der Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren. Den Privatschulen war dort (meines Wissens erstmals) ein spezielles Traktandum gewidmet. Sie hatten die Möglichkeit, den Erziehungsdirektoren ihre Probleme und Wünsche vorzulegen. Eine Zusammenfassung der von Seiten der Privatschulen vorgebrachten Gedanken publizieren wir im Anschluss an diese Einleitung. Der Präsident der Konferenz, Regierungsrat E. Rüesch, St. Gallen, erklärte am Schluss der Tagung, er glaube, das Problem der Privatschulen werde die Erziehungsdirektoren in den nächsten Jahren noch intensiv beschäftigen. Hoffen wir es!



Probleme und Wünsche der Privatschulen

Zusammenfassung der Ausführungen

zuhanden der Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren vorgelegt anlässlich der Arbeitstagung vom 15. Juni 1983 von Dr. Fred Haenssler, Vizepräsident Zentralverband und Präsident des Verbandes Schweizerischer Privatschulen der deutschen und italienischen Schweiz.

1. Rechtliche Stellung

In allen Kantonen ist die Möglichkeit der Erfüllung der obligatorischen Schulzeit in Privatschulen gesetzlich verankert. Eine Betrachtung der kantonalen Schulgesetze zeigt einerseits Gemeinsamkeiten, andererseits grosse Verschiedenheiten.

Gemeinsam ist die Aufsicht und die Kontrolle, aber auch ein gewisses Misstrauen den Privatschulen gegenüber, indem grundsätzlich von der Idee ausgegangen wird, dass der Unterricht an der Staatsschule in jedem Fall der bestmögliche ist. Die Pri-

Herausgeber / Editeur: Verband Schweiz. Privatschulen / Fédération Suisse des Ecoles privées

Redaktion / Rédaction: Dr. Fred Haenssler, Alpeneggstrasse 1, 3012 Bern, Telefon 031 / 23 35 35

Druck / Impression: Ott Verlag+Druck AG, 3607 Thun 7, Telefon 033 / 22 16 22

Inserate / Annonces: Ott Verlag Thun, Postfach 22, 3607 Thun 7, Telefon 033 / 22 16 22

Jahres-Abonnemente / Abonnement annuel: Fr. 30.— / Einzelhefte / Numéros isolé: Fr. 3.—

Erscheinungsweise / Mode de parution: Monatlich / Mensuel

vatschule hat nach den Schulgesetzen nur die Möglichkeit, gleich gut oder schlechter zu sein als die öffentliche Schule. Dass sie besser sein könnte, ist nach den Schulgesetzen nicht denkbar.

Sehr verschieden ist die rechtliche Stellung der Privatschulen in den Schulgesetzen. Die Palette reicht von der Genehmigung über die Beaufsichtigung, die Aufsicht und die Bewilligung bis zur Anerkennung. Eine klare Unterscheidung zwischen Bewilligung und Anerkennung fehlt, obschon Herbert Plotke in seinem Buch «Schweizerisches Schulrecht» deutlich zwischen Bewilligung von Schulen und Anerkennung von Ausbildungen resp. Ausweisen unterscheidet.

Stellvertretend ein Beispiel für diese Unklarheiten:

Im Primarschulgesetz des Kantons Bern werden die Privatschulen *bewilligungspflichtig* erklärt. In einem anderen Artikel wird erklärt, dass Eltern mit Bussen bestraft werden, wenn sie ihre Kinder in eine nicht *anerkannte* Schule schicken.

Aufgrund dieser Situation schlagen wir vor:

Schaffung von Musterbestimmungen zur Harmonisierung der Schulgesetze

Die EDK hat seinerzeit zur Harmonisierung der kantonalen Vorschriften im Stipendienwesen ein Mustergesetz verabschiedet. Wir bitten Sie zu prüfen, ob nicht in gleicher Weise für die Regelung der rechtlichen Verhältnisse der Privatschulen in den kantonalen Schulgesetzen Musterbestimmungen ausgearbeitet werden können. Sollte eine entsprechende Kommission gebildet werden, bitten wir Sie, auch Vertreter der Privatschulen beizuziehen.

2. Förderung der Privatschulen

Wenn bei der rechtlichen Stellung der Privatschulen noch Gemeinsamkeiten festgestellt werden konnten, so ergibt sich bei der Betrachtung der Förderung der Privatschulen ein völlig unterschiedliches Bild. Es gibt Kantone, die Privatschulen subventionieren zum Teil mit, zum Teil ohne Einschränkungen. Es gibt aber auch Kantone, die überhaupt keine Beiträge leisten. Die Förderung von Privatschulen braucht nicht unbedingt materiell zu sein. Der Staat kann die Privatschulen auch unterstützen durch Anerkennung der Ausbildung und Ermächtigung zur Durchführung von Abschlussprüfungen.

In einem Teil der Kantone werden zum Beispiel Maturitätsausweise privater Schulen kantonal und in der Folge auch eidgenössisch anerkannt, in andern steht das ausser Diskussion. Vor allem bei Schülern des zweiten Bildungsweges ist dies stossend. Sie müssen, wenn der entsprechende Kanton die Anerkennung verweigert, weiterhin die externe eidgenössische Maturität absolvieren. In den meisten Kantonen gibt es aber keine kantonalen Schulen des zweiten Bildungsweges. Durch Anerkennung solcher Privatschulen könnten die Kantone ohne grossen finanziellen Aufwand viel leisten.

Wir schlagen Ihnen deshalb vor:

Überprüfung der Beitragsmöglichkeiten

Die direkte Subventionierung von Privatschulen ist nach unserer Ansicht keine gute Lösung. Es gibt aber eine Menge anderer Möglichkeiten, die zum Teil schon praktiziert werden, wie z.B. Übernahme von Schulgeldern für externe Schüler, zur Verfügungstellung von Lehrmitteln, Turnhallen, Teilnahme an Kursen, Steuerabzüge usw.

98 Um auch auf dem Gebiet der Förderung der Privatschulen eine Harmonisierung zu

erreichen, ersuchen wir die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren eine Bestandesaufnahme der praktizierten und denkbaren Möglichkeiten der Förderung von Privatschulen zu erstellen und eventuell aufgrund dieses Kataloges die entsprechenden Empfehlungen an die Kantone auszuarbeiten.

3. Zusammenarbeit Staat und Privatschule

Wenn der Staat in seinen Schulgesetzen die Möglichkeit der Privatschulen vorsieht, sollte auch eine minimale Zusammenarbeit gewährleistet sein. In einzelnen Kantonen ist die Zusammenarbeit sehr gut, in andern aber bescheiden oder überhaupt nicht vorhanden.

Unter Zusammenarbeit verstehen wir die gemeinsame Lösung von Bildungsaufgaben. Wenn Privatschulen auf einem Gebiet bereits tätig sind und der Staat dieses Gebiet neu als Aufgabe entdeckt oder mithelfen will, die Probleme zu lösen, so sollte er nicht von vorne beginnen, sondern die Erfahrungen und die vorhandenen Strukturen der Privatschulen benutzen. Ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit, wie wir sie uns vorstellen, liefert der Kanton Graubünden mit seinem Mittelschulgesetz. Er hat bereits im Jahre 1962 die bestehenden privaten Gymnasien in sein Mittelschulkonzept einbezogen. Die Abschlüsse dieser Schulen sind kantonal und eidgenössisch anerkannt. Für die externen Schüler aus den Talschaften übernimmt der Kanton das Schulgeld in den entsprechenden Internaten.

Wir schlagen Ihnen vor:

Ausbau der Zusammenarbeit

Vor allem im Sektor der Erwachsenenbildung inklusive zweiter Bildungsweg, wo ja, wie die Prozentzahlen zeigen, die Privatschulen stark engagiert sind, sollte in Zukunft die Zusammenarbeit ausgebaut werden. Die Privatschulen erklären sich ausdrücklich bereit, bei der Lösung der anfallenden Bildungsaufgaben mitzuarbeiten. Diese Bereitschaft besteht auch bei andern grossen Erwachsenenbildungsinstitutionen, wie z. B. bei den Klubschulen.

Wir würden es bedauern, wenn bei dem zu erwartenden Ausbau der Erwachsenenbildung die von den Privatschulen gemachten Erfahrungen nicht berücksichtigt und die von ihnen geschaffenen Strukturen nicht benutzt würden.

Les problèmes et les vœux des écoles privées

Résumé de l'exposé

à l'attention de la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique présenté lors de la séance de travail du 15 juin 1983 par Fred Haenssler, vice-président de la Fédération suisse des écoles privées.

1. Situation juridique

Dans tous les cantons, la possibilité d'accomplir la scolarité obligatoire dans des écoles privées est ancrée dans la loi. En examinant les lois scolaires cantonales, on constate d'une part certains points communs, d'autre part de grandes différences. Ce que les lois ont de commun, c'est la surveillance et le contrôle, mais aussi une certaine méfiance à l'égard des écoles privées, une méfiance qui part de l'idée que l'enseignement donné dans les écoles publiques ne peut être que le meilleur. A en croire

les lois scolaires, l'école privée n'a qu'une possibilité: être aussi bonne ou plus mauvaise que l'école publique; il est impensable qu'elle puisse être meilleure.

La situation juridique des écoles privées varie beaucoup d'une loi scolaire à l'autre. Le choix va de l'approbation à la reconnaissance, en passant par la surveillance et l'autorisation. Nulle part, il n'est fait une différence claire entre l'autorisation et la reconnaissance, même si dans son ouvrage «Schweizerisches Schulrecht», Herbert Plotke fait une nette distinction entre l'autorisation accordée aux écoles et la reconnaissance des formations, resp. des certifiacts.

Un exemple, parmi d'autres, d'une telle confusion:

La loi sur les écoles primaires du canton de Berne stipule que les écoles privées sont *soumises à l'approbation* du canton. Dans un autre article, il est dit que les parents que envoient leurs enfants dans une école non *reconnue* sont passibles d'une amende.

Vu cette situation, nous proposons la

création de dispositions types concernant l'harmonisation des lois scolaires

La CDIP a en son temps adopté une loi type relative à l'harmonisation des prescriptions cantonales régissant le régime des bourses. Nous vous prions d'examiner s'il n'est pas possible d'élaborer de la même manière des dispositions types visant à la réglementation de la situation juridique des écoles privées dans les lois scolaires cantonales. Si une commission ad hoc devait être instituée, nous vous prions de faire également appel à des représentants des écoles privées.

2. Encouragement des écoles privées

S'il a été possible de constater certaines similitudes à propos de la situation juridique des écoles privées, l'image qu'on obtient de l'encouragement des écoles est absolument différente. Certains cantons allouent des subventions aux écoles privées, en partie avec, en partie sans réserves. Il en est d'autres qui n'accordent absolument aucune contribution aux écoles privées. L'encouragement des écoles privées ne doit pas forcément être de nature matérielle. L'Etat peut également encourager les écoles privées en reconnaissant la formation qu'elles offrent et en les autorisant à organiser des examens finaux. Dans certains cantons, les certificats de maturité délivrés par les écoles privées sont par exemple reconnus par le canton, et par la suite par la Confédération. Dans d'autres, une telle solution est hors de discussion. Ce qui est particulièrement déplaisant pour ce qui est des élèves de la seconde voie de formation. Si le canton refuse de reconnaître le certificat de maturité, ces élèves doivent continuer à se soumettre aux examens fédéraux de maturité externes. Rares sont toutefois les cantons possédant des écoles publiques dans lesquelles il est possible de suivre la deuxième voie de formation. En reconnaissant les écoles privées, les cantons pourraient, dans ce domaine, faire beaucoup à peu de frais.

C'est pourquoi nous vous proposons une

révision des possibilités en matière de contributions

A notre avis, le subventionnement direct d'écoles privées n'est pas une bonne solution. Il existe toute une gamme d'autres possibilités, dont quelques-unes ont déjà été mises en pratique. Nous pensons par exemple à la prise en charge d'écologies pour les élèves externes, à la mise à disposition de moyens d'enseignements, de halles de gymnastique, à la participation à certains cours, à des retenues fiscales etc.

devienne elle aussi possible, nous prions la Conférence des directeurs cantonaux de l'instruction publique de faire l'inventaire de toutes les possibilités imaginables ou déjà pratiquées en vue de l'encouragement des écoles privées et, éventuellement, d'élaborer, en se fondant sur ce catalogue, des recommandations adéquates à l'intention des cantons.

3. Collaboration entre l'Etat et les écoles privées

Lorsqu'un canton prévoit dans ses lois scolaires la possibilité de l'existence d'écoles privées, il devrait également garantir un minimum de collaboration. Dans certains cantons, la collaboration est excellente, dans d'autres, elle est modeste, sinon inexistante.

Par collaboration, nous entendons la solution commune de tâches inhérentes à la formation. Lorsque des écoles privées sont déjà actives dans un certain domaine et que l'Etat découvre ce domaine et en fait une nouvelle tâche, ou s'il tient à aider à résoudre les problèmes liés à ce domaine, il ne devrait pas «partir à zéro», mais profiter des expériences faites par les écoles privées et des structures déjà existantes. Par le biais de sa loi sur les écoles du 2^e degré secondaire, le canton des Grisons nous fournit un excellent exemple d'une collaboration telle que nous la concevons. En 1962 déjà, il a inclus dans sa conception des écoles secondaires du 2^e degré tous les gymnases privés déjà existants. Les examens finaux de ces écoles sont reconnus tant au niveau cantonal que fédéral. Le canton se charge de plus de l'écolage des élèves des internats concernés venant d'autres régions du canton.

Nous vous proposons de

développer la collaboration

C'est en particulier dans le secteur de la formation des adultes – deuxième voie de formation y comprise – que la collaboration devrait à l'avenir être développée, ce secteur dans lequel les écoles privées sont fortement engagées, les chiffres le prouvent. Les écoles privées se déclarent expressément prêtes à participer à la solution des tâches que se présentent en matière de formation. D'autres institutions importantes se consacrant elles aussi à la formation des adultes, par exemple les écoles-club, sont d'ailleurs prêtes elles aussi à assurer leur collaboration.

Il serait vraiment regrettable que, vu le développement attendu de la formation des adultes, les expériences faites par les écoles privées ne soient pas prises en considération et que les structures qu'elles ont créées ne soient pas utilisées.

Staat soll Kosten für Besuch von Privatschulen rückerstatten

Um das «Grundrecht der Schulfreiheit» für alle sozialen Schichten zu verwirklichen und diejenigen Eltern finanziell zu entlasten, die ihre Kinder in Privatschulen schicken, hat jetzt der Landesring eine Initiative «für freie Schulwahl in Basel» lanciert. Der Präsident des Initiativkomitees, Christmuth Flück, ist davon überzeugt, dass in den nächsten Jahren «eine Reform der staatlichen Schule keine Chance hat».

ur. Vor etwas mehr als zwei Jahren wagte der Landesring eine Art Testlauf: Hansjürg Weder reichte einen Antrag für «die Einführung in das System des Bildungsscheins» 101